



Bezugspreis bei den Geschäftsstellen und Agenturen in Breslau und in der Provinz  
10 000 Mt. für Monat Juni, 2500 Mt. für die Woche.  
Zustellung ins Haus kostet 600 Mt. für Monat Juni, 150 Mt. für die Woche, bei der Post ausschließlich Bestellgebühr 10 000 Mt.

Breslau, Freitag, 22. Juni 1923

Einschickungsgebühr für den Inhalt. Raum in Millimeterhöhe (1 Zeile ist 2 1/2 mm hoch) 500 Mt. (Abendblatt 650 Mt.), bei Anzeigen aus Schlesien u. Polen 400 u. 500 Mt. In der Morgenausgabe Stellengelände 200 Mt., Familienanzeigen (nur am 1. u. 2. und 3. Tag) die jeweilige Millimeterhöhe 400 Mt., Nachrufe 600 Mt., Anzeigen an bevorzugter Stelle (4spalt.) 8000 Mt., Schlesien u. Polen 2250 Mt.

Hauptverleger: Dr. Richard Schott. — Druck: H. B. 12 1/2 Uhr (auß. Sonnab.) Monst. u. nur zurückgel., wenn Rückporto beiliegt.  
Zeitungsbekanntmachung und Anzeigenannahme (Schluß 5 Uhr, ohne Gebühr für eine bestimmte Nummer) in den Geschäftsstellen Schott & Co. in Breslau, Kaiserstr. 17. — Durch Fernsprecher übermittelte Aufträge bedürfen zu jeder Nachtigalligkeit umgehender schriftlicher Bestätigung.

Bei Störungen durch höhere Gewalt, Streik, Ausperrung u. dergl., können Ersparnisse nicht berücksichtigt werden.  
Fernsprecher: Redaktion Ring 540 (n. f. b. Stadtber.), Ferner Ring 2881 u. 5722; Handelsredakt. 4416, Geschäftsst. Schott & Co. in Breslau, Kaiserstr. 17. — Telegr.-Adresse: Schott & Co. — Postfachkonto: Breslau 88 Wilh. Gottl. Korn.

Oberstelesches Büro: Redaktion Schott, Wilhelmstr. 5, Fernspr. 361.  
Berliner Büro: Redaktion u. Geschäftsstelle Berlin W. 9, Altkir. 16, Fernspr. Berlin 4900.  
Auslandsvertretungen in London, Paris, Prag, Rom, Wien, Madrid, New York.

## Baldwin und seine Aufgabe.

G. London, 19. Juni.

Außerhalb Englands dürfte wohl allgemein die Ansicht bestehen, daß auch das neueste Duell zwischen London und Paris wieder mit einer glatten Abfuhr der englischen Staatsmänner enden wird. Schon die völlige Demoralisierung der Devisenmärkte deutet auf eine solche Auffassung; denn Frankreich bedeutet für sie das böse Brinzip. Wenn die Engländer billig sein wollen, werden sie zugeben, daß an dieser niedrigen Einschätzung ihrer Widerstandskraft Frankreich gegenüber nur sie selbst schuld sind. Und die meisten geben das auch ganz offen zu, wenigstens im privaten Gespräch, manche allerdings auch ganz offen. So schreibt z. B. der „New Statesman“:

„Wir erlauben Frankreich so lange zu glauben, daß wir seiner Politik nie offenen und wirksamen Widerstand leisten werden, daß es sich nun heute in der Lage fühlt, einfach zu sagen und zu tun, was ihm beliebt. Seit vier Jahren sind wir tatsächlich das Werkzeug der französischen Politik gewesen. Wir haben ein Quasiabkommen nach dem anderen gemacht und nie eine Gegenleistung verlangt, mit dem Ergebnis, daß die französischen Nationalisten ihr Ziel, das wirtschaftliche Chaos, in Deutschland erreicht haben und nun natürlich glauben, daß wir uns tatsächlich, wenn nicht in Worten, bei allem beruhigen werden, was sie tun mögen. Sie haben herausgefunden, daß im Verkehr mit England „Intransigence“ sich bezahlt macht, und wer kann sie daher tadeln, wenn sie jetzt intransigent als je sind?“

Was aber die Gegenwart und die Zukunft betrifft, ist man hier auch zuverlässiger als außerhalb Englands und hofft, daß die neue englische Regierung die jegige Gelegenheit benützen werde, um die englisch-französischen Beziehungen auf eine andere Grundlage als während der letzten vier Jahren zu stellen und Frankreich zum Bewußtsein zu bringen, daß England immer noch eine gleichberechtigte und erstklassige Macht ist. Diese englische Erwartung gründet sich in erster Linie auf das, was man aus des neuen Premierministers und seiner Freunde Mund über sie hört. Diese Freunde versichern, daß Baldwin absolut entschlossen ist, die Ruhr- und die Reparationsfrage definitiv aus der Welt zu schaffen und England die ihm zukommende Stellung im Rat der Nationen wiederzuerlangen, und leben hinzu, er sei nicht der Mann, der sich von einem einmal gefassten Entschluß so leicht werde abbringen lassen, wie der wankelmütige und furchtsame Lloyd George und der milde und franke Bonar Law. Die Erfahrung wird zeigen, wie weit Baldwin diese Erwartungen rechtfertigen wird. Seit seiner Ernennung hat Baldwin dreimal nicht als Parteiführer, sondern als der erste Wortführer der Nation gesprochen und dabei Töne angeklungen, welche die Nation lange nicht mehr gehört hat. In allen drei Reden variierte Baldwin das Thema von der Mission Englands zur Befriedung der Welt. Wenn er dabei sagte, „daß wir versuchen müssen, den Willen unseres Landes in der Befriedung der Welt durchzusetzen, welche die erste und größte Aufgabe jedes Staatsmannes unseres Landes sein muß“, so ist das eine deutliche Abgabe an die Dichtard-Theorie, daß Englands Aufgabe in Europa nur sein könne, zu allem, was Frankreich wolle, „Dui Dui“ zu sagen, um sich so Frankreichs guten Willen außerhalb Europas zu sichern, wie auch an die Politik wohlwollender Amboten.

Wie weit Baldwins Handeln seinen Worten entsprechen wird, kann erst die Zukunft zeigen. Bis jetzt läßt sich nur so viel sagen, daß, was er bisher tat, mit seinen Worten nicht im Widerspruch stand. Er hat den ersten anmaßenden Versuch Poincarés, ihn einzuschüchtern und ganz vor den Wagen der französischen Ruhrpolitik zu spannen, höflich, aber entschieden zurückgewiesen, und wenn Poincaré trotzdem auf ihn beharrt, so wird er es, wenn nicht alles trägt, mit einer neuen aktiven Politik versuchen, deren Endziel nur die Isolierung Frankreichs sein kann. Vielleicht wird Poincaré früher, als er heute denkt, die Erfahrung machen, daß die Mehrheiten, mit denen er England im Reparationsauschuß und im Völkerbundsrat niederstimmte, recht wackelige Werkzeuge sind, und daß er mit diesem Mittel ein Spiel angefangen hat, das zwei spielen können. Natürlich muß Baldwin in der Entfaltung seiner Politik auf starken Widerstand in seinem Kabinett gefaßt sein; aber er wird die Mehrheit der Nation hinter sich haben, wenn er neue und dem englischen Selbstgefühl mehr zusagende Wege einschlagen will.

## Das Todesurteil gegen Goerges bestätigt.

+ Düsseldorf, 21. Juni. Das französische Oberkriegsgericht hat heute die Revision gegen das vom Mainzer Kriegsgericht gefällte Todesurteil über den Landwirt- und Lehrschaffner Goerges verworfen und das Todesurteil bestätigt.

Wieder haben nicht Richter, sondern politisch beauftragte Militärs ein Todesurteil bestätigt, dem auch nicht eine Spur von Rechtsempfinden zu Grunde liegt. Das Urteil gegen einen Unschuldigen, dem Folterqualen mittelalterlicher Art die Nerven zermürbten, ist noch verbrecherischer, als das gegen Schläger. Die französische Blutschuld wächst ins Unendliche. Mit der Vollstreckung des Urteils wird ein neuer Mord begangen werden, der die französische Bestie in ihrer ganzen Brutalität offenbart.

## Gegen die Zwangsverordnungen der Rheinlandkommission.

Berlin, 21. Juni. Die Reichsregierung hat durch ihre Vertretungen in London, Paris und Brüssel eine Protestnote gegen die rechtswidrigen Verordnungen der Rheinlandkommission überreichen lassen. In dieser Note wird besonders gegen die Verstöße der Rheinlandkommission gegen die Rheinischfahrtsakte, gegen die Veranlassung der Gemeinden zur Bewachung der militärisierten Bahnhöfe, gegen die Unterdrückung des Kraftwagenverkehrs sowie gegen die organisierte Ausplünderung der industriellen Anlagen Verwahrung eingelegt.

## Entschließung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger auf der Breslauer Hauptversammlung.

Der Verein Deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) hat auf seiner aus allen deutschen Ländern zahlreich besuchten Hauptversammlung zu Breslau einstimmig beschlossen, die Zeitungsleser schon heute von der unumgänglichen Notwendigkeit außerordentlicher Bezugspreiserhöhungen am 1. Juli in Kenntnis zu setzen.

Die letzten Preiserhöhungen für das Zeitungspapier sind soweit über die phantastischsten Befürchtungen hinausgegangen, daß in den Junibezugspreisen die ungeheure Mehrbelastung der Zeitungen nur zu einem geringen Bruchteil wettgemacht werden konnte. Innerhalb weniger Wochen ist bereits im Anfang dieses Monats der Preis des Zeitungspapiers von rund 15 Millionen auf rund 25 Millionen Mark für den Wagen gestiegen. Da die Preisbildung des Papiers infolge der Mitverwendung von ausländischem Holz von dem Dollarkurs stark beeinflusst wird, so muß im Zusammenhang mit den zwischenzeitlichen Steigerungen der Kohlenpreise und der Marktentwertung mit weiteren entsprechenden Papierpreiserhöhungen gerechnet werden. Dazu kommen die allgemeinen stürmischen Preissteigerungen aller anderen Kosten der Tageszeitungen, vor allem des Nachrichtendienstes. Im Ausland haben sich die Zeitungsleser an das Vielfache der jetzt in Deutschland geltenden Bezugspreise längst gewöhnen müssen. Die deutschen Zeitungen und ihre Leistungen für die Volksgemeinschaft können nur erhalten werden bei Bezugspreisen, die einigermaßen den alle bekannten Leuerungssteigerungen weit überstreichenden Mehrkosten der Zeitungen gerecht werden.

## Rhein-Ruhr-Chronik.

w. Berlin, 21. Juni. Die christlichen Gewerkschaften des altbesten Gebietes erklären gegenüber mit allen Mitteln betriebenen Versuchen der französischen Regierung, das besetzte Gebiet staatsrechtlich vom Deutschen Reich zu trennen und politisch, militärisch und wirtschaftlich völlig zu beherrschen, sowie gegenüber der Forderung, der französischen Regierung nach Aufhebung des passiven Widerstandes: Jeder Versuch, uns vom Reich zu trennen und eine andere staatsrechtliche Form aufzuzwingen oder unsere Eisenbahnen und Polizei unter fremde Oberhoheit zu stellen, wird unseren schärfsten und dauernden Widerstand finden. Eine Aufgabe des passiven Widerstandes im Sinne der französischen Forderung kann für uns nicht in Frage kommen. Wir fordern Wiederherstellung der persönlichen, staatsbürgerlichen und rechtlichen Sicherheit und Freiheit für die Bewohner des französisch-belagerten Gebietes und Einstellung der brutalen militärischen Gewalttätigkeiten.

+ Berlin, 21. Juni. Bei dem von den französischen Truppen unter Führung von französischen Zivilbeamten gegen die Reichsbahn-Hauptstelle Dortmund unternommenen Raubzug fielen den Franzosen ungefähr 52 Milliarden Mark in die Hände, womit die Gesamtsumme der von den Franzosen im besetzten Gebiet geraubten Barmittelbeträge auf rund 180 Milliarden Mark anstieg. Ferner erwarben die Franzosen die in der Reichsbahn-Dampfwerkstatt beschäftigten Arbeiter, unvollständig bedruckt, über den Gesamtbetrag von 1090 Millionen Mark lautende Bonen zu nummerieren und zu schneiden. Die so fertiggestellten Notenformulare nahmen sie mit sich. Natürlich sind diese Formulare keine gültigen Banknoten, da sie nicht für Rechnung der Reichsbank fertiggestellt und nicht von ihr in Betrieb genommen sind.

w. Essen, 21. Juni. An Raurei beschlagnahmten die Franzosen bei der Reichsbahnstation 7500 000 Mark. In Linen ist eine Kompanie Infanterie und eine Schwadron Kavallerie einmarschiert, um die der Stadt auferlegte Kontribution von 50 Millionen Mark einzutreiben. Bisher haben sie 1 Million aus der Stadtkasse entnommen. Sie legen die Kontributionen in der Stadt selbst fort. — Auf dem Bahnhof Dortmund-Süd sind den Franzosen 25 Lokomotiven in die Hände gefallen.

Die Revision, die gegen die zweite auf 7 Monate lautende Verurteilung des Kruppischen Betriebsratsmitgliedes Müller einreicht worden war, wurde vom französischen Kriegsgericht verworfen.

w. Dortmund, 21. Juni. Auf der von den Franzosen betriebenen Strecke Dortmund-Mengede sind gestern zwei Eisenbahntransporte zusammengebrochen. Sieben bis acht Wagen wurden beschädigt. Die Strecke ist vorläufig gesperrt.

+ Dortmund, 21. Juni. Die Bahnhöfe Dortmund-Süd und Ebina sind von den Franzosen geräumt und zur Übernahme des Betriebes durch deutsche Personal zur Verfügung gestellt worden. Die Freigabe einer Reihe weiterer nicht an der militärisierten Strecke gelegenen Bahnhöfe bei Dortmund ist in den nächsten Tagen zu erwarten. Durch die Freigabe des Verkehrs wird die Lebensmittelversorgung wesentlich erleichtert werden. — Bei der Besetzung des Bahnhofes Dortmund sind den Franzosen 25 Lokomotiven in die Hände gefallen. Sämtliche Radwagen wurden ausgeraubt.

w. Mannheim, 21. Juni. Über schwere Übergriffe französischer Soldaten im unbesetzten Gebiet von Mannheim wird von maßgebender Seite mitgeteilt: Am 20. Juni nachts überfielen französische Soldaten, die sich in Häusergruppen im unbesetzten Gebiet verborgen hielten, mit vorgehaltenem Revolver unter dem Rufe „Hände hoch“ die Vorübergehenden und durchsuchten sie. Einem jungen Manne wurde hierbei Geld abgenommen; ein anderer Mann und eine Frau wurden tätlich angegriffen. Die herbeigerufenen Polizeipatrouillen vertrieben die Franzosen ins besetzte Gebiet. Auf dem Rückzug erschufen die Franzosen ein regelrechtes Schützenfeuer auf die deutschen Beamten, was von diesen erwidert wurde. Ein Polizeipatrouillier wurde hierbei verwundet.

w. Frankfurt a. Main, 21. Juni. Regierungsdirektor Kautzen, der politische Departement der Regierung in Wien, ist von den Behörden verhaftet worden.

w. Paris, 21. Juni. Der Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ meldet, man spreche von einer offiziellen Reise der Führer der englischen Arbeiterpartei nach dem Ruhrgebiet. Diese hochbedeutenden, nach der Rückkehr einen offiziellen Bericht über die Lage zu erstatten.

w. Bern, 21. Juni. Der erste Bericht des schweizerischen Konsuls in Dülledorf über die Erleichterung des Schweizer Schlee in Dortmund ist beim politischen Departement eingetroffen. Er enthält die, unter schriftliche Verpflichtung der Dame, mit der Schlee an dem kritischen Abend promenierte, zu der bekannten Darstellung über den Verlauf der Dinae. Das politische Departement ist bei der französischen Regierung durch Vermittlung der Gesandtschaft in Paris vorstellig geworden. Es verlangt eine strenge Untersuchung und stellt Schadenersatzforderungen.

## Die Devisenkontrolle.

SS Berlin, 21. Juni. Verhandlungen der Regierungsstellen mit den Banken und der Industrie über die Devisenkontrolle haben, wie es heißt, zu einer Übereinstimmung über gewisse Einschränkungen und Kontrollmaßnahmen geführt. Der Devisenhandel soll aufs neue eine schärfste Beschränkung erfahren, besonders soweit er außerhalb des amtlichen Börsenverkehrs vor sich geht. Es sind dafür Maßnahmen geplant, ähnlich wie sie die Tschechoslowakei und Polen verhängt haben. Auch in der Erteilung der nach der Devisenordnung erforderlichen Devisenhandelsbescheinigungen soll scharfe Remedur erfolgen. Wenn nötig, sollen bereits erteilte Bescheinigungen in weitem Umfang zurückgenommen werden. Über die Frage einer Devisenzentrale sind die Besprechungen noch nicht abgeschlossen. Andererseits haben die Vertreter der Großbanken der Regierung weitgehende Unterstützung für eine neue Beeinflussung des Devisenmarktes zugesagt. Die Gerüchte über die Emission einer neuen Dollarschuldanleihe sind der „Zeit“ zufolge in dieser Form unrichtig. Es sind aber Besprechungen über eine Transaktion in ähnlicher Richtung im Gange, wobei man sich bemüht ist, daß der innere deutsche Geldmarkt kaum in der Lage sein dürfte, die nötigen Mittel aufzubringen.

## Eisenbahntarife und Geldentwertung.

w. Berlin, 21. Juni. Zur Angleichung der Eisenbahntarife an die Geldentwertung hatte der ständige Ausschuß des Reichseisenbahnrates in der Sitzung vom 13. Juni eine Erhöhung der Personentarife von 300 Prozent in der 1. und 2. und 200 Prozent in der 3. und 4. Klasse, sowie der Gütertariife um 250 Prozent befürwortet. Der Reichsverkehrsminister ist dem Gutachten des Ausschusses über die Erhöhung der Personentarife beigetreten. Hinsichtlich der Gütertariife hat er sich in Anbetracht der inzwischen eingetretenen höheren Bewertung der Mark für eine Erhöhung um 200 Prozent statt der ursprünglich vorgesehenen 250 Prozent entschieden. Die Durchschnittsfracht, das ist die tonnenkilometrische Einnahme, beträgt dann das 19 800fache der Friedensfracht und bleibt also mit dem entsprechenden Dollarstande von 83 100 noch erheblich hinter der Geldentwertung zurück.

## Die Vorauszahlung auf die Einkommensteuer.

w. Berlin, 21. Juni. Der Steueranschluß des Reichstages behandelte heute zunächst weiter den Antrag Lange-Hegermann (Nr.) über die Erhöhung der Vorauszahlung auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer. Der Antrag ist jetzt dahin geändert worden, daß die Vorauszahlung auf das 20fache bei der Einkommensteuer und auf das 25fache bei der Körperschaftsteuer erhöht werden soll. Liegt der Restbetrag des Einkommens der Abzahlung vor dem 1. Juli 1922 ausrunder, so soll diese erhöhte Vorauszahlung noch vermindert werden. Der Reichsfinanzminister erklärte, daß er dem Gedanken einer automatischen Anpassung an sich sympathisch gegenüberstehe, Vorauszahlung sei aber, daß es wirklich einen einfachen arithmetischen Faktor gebe. Er sei der Ansicht, daß ein solcher gegenwärtig nicht gefunden werden könne. Es werde sich nach Gelegenheiten finden, auf diese Frage zurückzukommen. Dem vorliegenden Gesetzentwurf bitte er mit der Lösung dieses Problems nicht zu befehlen. Der Gesetzentwurf behürde der schleunigen Verabschiedung, weil eine starke Erhöhung der Vorauszahlungen zum 15. August dringend erforderlich sei. Nichtig sei allerdings, daß für die späteren Termine eine Anpassung an die jeweiligen Geld- und Preisverhältnisse erforderlich sei. Deshalb bitte er, diese Anpassung durch den Reichsfinanzminister nicht von der Zustimmung des Reichsrats und des Steueranschusses abhängig zu machen. Ein gutes Funktionieren der Restzahlung sei nur gewährleistet, wenn dem Reichsfinanzminister keine weiteren Bindungen auferlegt würden.

In der Abstimmung wurde als Vorauszahlung für die Einkommensteuer das 20fache und für die Körperschaftsteuer das 25fache beschlossen. Die Vorauszahlungen für Einkommen von physischen Personen, denen der Wirtschaftsausschuß vom 1. Juli 1922 ausrunder liegt, sollen weiter vervierfacht werden. Körperschaften (Gewerkschaften), die in der Zeit zwischen dem 31. März und dem 30. September 1922 ihr Geschäftsjahr abgeschlossen haben, sollen mit Rücksicht darauf, daß sie nach den bestehenden Bestimmungen aus Vorauszahlungen für das Jahr 1922 bis jetzt nur am 1. Mai 1923 15 Proz. bezugsweise Bilanzergebnisses des Vorjahres gehabt haben, und daß das eine Ungeleichheit gegenüber allen anderen physischen wie juristischen Personen bedeutet, noch am 15. August 1923 eine weitere Vorauszahlung in Höhe des 10fachen der Restzahlung vom 1. Mai zu entrichten haben.

In der weiteren Aussprache hob der Reichsfinanzminister die schon mehrfach betonte unbedingte Notwendigkeit hervor, die noch ausstehenden Steuern der Ruhrgebietes zu dem ver-

in der letzten Sitzung des Reichstages, so die Reichstags-... die Reichstags-... die Reichstags-...

### Preussischer Landtag.

SS Berlin, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In zweiter und dritter Beratung wurde der Landtag zunächst ohne Rücksicht...

An der Fortsetzung der dritten Beratung des Haushalts des Innern erklärte Abg. Limberg (Soz.) dem Abg. Vinklerneil (D. W.) gegenüber, die Sozialdemokraten würden sich der...

gegen ihren Willen durch Terror zum Streik gezwungen. Beim Sturm auf die Gruben, bei denen Millionen Schaden...

Abg. von Bapen (Soz.): Die Schilberungen, die Abg. Limberg dankenswerterweise von dem kommunistischen Terror...

zu. Dort werden die arbeitswilligen Landarbeiter in der schlimmsten Art von kommunistischen Hebern terrorisiert. Die...

Abg. Ruffe (Dem.) sprach sich gleichfalls gegen einen Untersuchungsanspruch aus. Er wandte sich dann gegen den Abg. Bäder, der mit seinen Angriffen gegen den Innenminister...

Abg. Dreiwitz (Wirtsch. V.) betonte, seine Partei habe wenig Sympathie für den Innenminister, sie müsse aber die unbegründeten...

Abg. Bäder (Dtn.): Der deutschen Reparationspolitik wird kein Dienst damit erwiesen, wenn der Ministerpräsident des...

Innenminister Cövering: Es ist allen Parteien bekannt, daß über die Vorgänge in Münster jetzt nicht gesprochen werden kann. Die...

Abg. Bäder (Dtn.) ersuchte den Minister, den Wortlaut der Verleumdung außerhalb des Hauses zu wiederholen. (Großer Lärm links.)

Abg. Heilmann (Soz.) wies den Wortlaut der Vorrede zurück und rief den Deutschnationalen zu: „Wo sind Ihre Taten, und wo Ihre Opfer?“

Dann wurde dem Minister das Gehalt bewilligt. In der Einzelberatung wurde mit 137 gegen 128 Stimmen bei 9 Stimmenthalten ein Renteanspruch angenommen, nach dem...

Die Abg. von Waldhausen (Dtn.) und Dr. Vinklerneil (D. W.) wiesen diese Angriffe zurück. — Der Haushalt wurde bewilligt.

Beim Haushalt der Berliner Porzellan-Manufaktur machten die Abg. Weisgermel (Dtn.) und Frau Ludwig (Kon.) dem...

Abg. Dr. von Campe (D. W.) beantragte die Überweisung dieser Angelegenheit an den Hauptauschuß.

Minister Sterna behielt sich ein Einreden auf die Sache für...

New-York, 21. Juni. (Zunftsbericht.) Wechsel auf Berlin Schlusskurs: 100 Mark = 0,0007 3/8 (0,0008 1/2) Dollar. Das bedeutet umgerechnet ein Dollar gleich 135 593,220 (115 942,029) Mk.

Table with 2 main columns: 'Landeswährung = 100 Mark' and 'Landeswährung = 100 Franc'. It lists exchange rates for various cities like Amsterdam, Christiania, Copenhagen, New-York, Prague, Stockholm, Zurich, and Paris.

die Ausschüßverhandlungen vor. Der Ausschüßüberweisung wurde ausgetrennt und der Haushalt bewilligt. Beim Haushalt des Landtages...

Die Wiederaufbauarbeit der deutschen Schiffahrt.

w. Bremen, 21. Juni. Anlässlich der Andienstellung des auf der Werft Vulkan in Bredow bei Stettin neu erbauten Doppelschraubens-Berliner- und Postdampfers „München“...

In den Zeiten eines wirtschaftlichen Verfalls, wie ihn die Geschichte selten gesehen hat, unterlag der Norddeutsche Lloyd den Versuch, einen Teil der einst stolzen deutschen Handelsflotte wieder aufzubauen.

Der Präsident des Norddeutschen Lloyds, Dr. Dineken, hieß die Gäste an der Abendtafel willkommen. Namens des Senats...

### Französische Radikalsozialisten.

\* Paris, 21. Juni. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Nach Schluß des heutigen Ministerrats erklärten die drei der radikalsozialistischen Partei angehörigen Mitglieder...

w. Paris, 20. Juni. Die Liga für Menschenrechte veranstaltete heute abend eine Kundgebung gegen die Antriebsbesetzung, bei der als Redner auftraten der radikalsozialistische Abgeordnete...

### Ministerkrisis in Polen?

+ Warschau, 21. Juni. Der Rücktritt des Finanzministers und des Handelsministers wegen des katastrophalen Sturzes der polnischen Mark gilt heute als Tatsache. Finanzminister soll der frühere Kriegsminister...

### Südslawien und Bulgarien.

+ Belgrad, 21. Juni. Der südslawische Minister des Äußeren hat dem bulgarischen Geschäftsträger in Belgrad auf dessen Anfrage, wann er ihn empfangen könne, antworten lassen, er sei überaus beschäftigt, er wisse auch nicht, ob er im Laufe der nächsten Woche ihn empfangen könne.

+ Sofia, 21. Juni. Der bulgarische Minister des Äußeren erklärte, Bulgarien könne einen bewaffneten Einmarsch Südslawiens nicht hindern. Bulgarien habe keine aggressiven Absichten, sondern wolle den Friedensvertrag nach Möglichkeit erfüllen.

+ Mailand, 21. Juni. Nach Mitteilungen des „Corriere della Sera“ soll das bulgarische Kabinett umgebildet werden, um die Beteiligung aller Parteien an der Regierung zu ermöglichen. Als künftiger Ministerpräsident wird Danew bezeichnet.

### Versehene Mitteilungen.

w. Der Reichspräsident hat der deutschen Schillerstiftung in Weimar, dem Lohlfahrtswerke für deutsche Schriftsteller und Schriftstellerinnen, eine Spende von einer Million Mark überwiesen.

SS Kardinal Faulhaber ist von seiner Amerikareise nach München zurückgekehrt. Er äußerte seiner engeren Umgebung gegenüber, daß noch viel Arbeit für uns Deutsche zu überwinden seien.

w. Das Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und Italien wegen wechselseitiger Unterstützung Hilfsbedürftiger vom 8. August 1873 ist unter Beschränkung auf Artikel 1 bis 4 wieder in Kraft gesetzt worden.

w. Deutsch-dänisches Luftverkehrsabkommen. Nach einer Meldung aus Kopenhagen erfolgte am 14. Juni zwischen dem dänischen Minister des Äußeren und dem deutschen Geschäftsträger der Auslands-Verkehrsabkommen zum deutsch-dänischen Luftverkehrsabkommen.

Die Tariffraube. Wie verlautet, finden im Reichspostministerium Beratungen über eine abermalige Erhöhung der Posttarife statt, die spätestens am 1. August in Kraft treten sollen.

+ Die Deutsche Volkspartei hält ihren diesjährigen Parteitag im Laufe des September in Hannover ab.

+ Strafantrag gegen die „Mote Jahne“. Die „Mote Jahne“ hatte behauptet, daß die bayerischen Generale von Müller und von Poffow an der Münchener Verschwörung, die durch den Prozeß Machaus-Buchs aufgedeckt worden ist, teilgenommen hätten.

SS Die Lage in der Brandenburger Industrie hat sich insoweit verschärft, als die Streitenden der Aufforderung des Reichsvereins zur Wiederaufnahme der Arbeit nicht nachgekommen sind. Infolgedessen sind etwa acht große Betriebe mit einer Gesamtbeschäftigung von 11 000 Arbeitskräften geschlossen worden.

Passiver Widerstand der Beamten in Wien. Der Reichsverband der öffentlichen Angestellten hat alle Vorbereitungen getroffen, um Freitag mit der passiven Weisung der Beamten einzufachen, um damit einen Druck auf die Regierung auszuüben, die Forderungen der Angestellten anzunehmen.

w. Nachdem Amundsen den Nordpolflug aufgegeben hat, hat Kommandant Sammer beschlossen, mit seiner ersten Expedition an Land zu gehen. Er telegraphierte telegraphisch mit, daß das Flugzeug und die Mitglieder der Expedition auf einem Flug von Spitzbergen nach dem Nordpol auf seiner Verfügung stehen.

+ Der Ausbruch des Ätna. Es scheint nicht mehr möglich zu sein, das Städtchen Linguaglossa zu retten. Der Lavastrom ist in das Städtchen eingedrungen. Die ersten Häuser liegen bereits unter der schwärzlichen Meter hohen Lavamasse.

### Letzte Nachrichten.

w. Paris, 21. Juni. Der Oberbefehlshaber der französischen Truppen hat nach einer Gewandlung aus Adis Abeba eine Ordonnanz erlassen, bezugnehmend auf die Einmarschbewilligung der französischen Truppen nach dem besetzten Deutschland über die Grenze des Ruhrgebietes von einer Einmarschbewilligung der interalliierten Kontrollkommission abhängig gemacht wird.

### Gerichtsverhandlungen.

[Breslauer Schwurgericht.] h. Unter großem Andrang des Publikums begann am Donnerstag die Verhandlung gegen den 27-jährigen kaiserlichen Wilhelm-Friede und dessen Geliebte, die Arbeiterin Marie Gollet aus Breslau wegen Raubmordes an der Rentiere Laura Stein in deren Wohnung Kaiser-Wilhelm-Strasse 43. Die Angeklagte Gollet war Bekleidungs- und Wäsche- und Bekleidungsstücke sowie wertvollen Schmuck besitzend. Am 25. März d. J. war Fräulein Stein bei ihrem Neffen zu Tisch, beim Weggang verpackt sie, zum Abendessen wiederzukommen, blieb aber aus. Da sie auch am nächsten Tage nicht zu Tisch erschien, schloß der Neffe Verdacht und ließ die Wohnung seiner Tante öffnen. Man fand sie als Leiche im Wohnzimmer auf dem Fußboden liegend vor. Die Sektion ergab, daß der Tod durch Ersticken und durch wichtige Schläge auf den Kopf erfolgt war. Geraubt waren 100 000 Mk. Bargeld, Schmuckstücke, Wäsche und Bekleidungsstücke. Bald nach dem Mord fielen die Angeklagten, die bisher ohne Mittel waren, durch große Ausgaben auf. Sie hatten die Schmuckstücke an Gelde gemacht und sich dann neu eingekleidet. Friede kaufte sich einen Anzug für 90 000 Mk. und einen Gummimantel für 95 000 Mk. und die Gollet ein Kleid für 87 000 Mk. Bei der Festnahme leugneten die Angeklagten zunächst, legten aber dann unter gegenständlicher Beweisaufnahme ein Geständnis ab. Hierfür hatten sie die Tat für Sonntag, den 25. März, nach 8 Uhr verabredet und sich bei der Ermordung unter dem Vorwand eingekleidet, sie wollten einen Rückenrahmen bestücken. Als Fräulein Stein den Rahmen herunternehmen wollte, zog Friede einen Wirtstisch aus der Tasche und betäubte sein Opfer durch mehrere Schläge auf den Kopf. Dann nahm die Gollet ein Badetuch und wickelte damit den Kopf der Niedergeschlagenen ein und bedeckte ihn mit einem Teppich. Dann bereitete sie in der Küche noch ein Mahl und verzehrte es in aller Ruhe mit ihrem Geliebten. Friede ist verheiratet, lebt aber von seiner Frau getrennt und ist wegen Diebstahls bereits verurteilt. In der Verhandlung bestritten die beide Angeklagte gegenseitig. — Der Vertreter der Anklage hielt auf Grund des erbrachten Beweismaterials die Schuld der beiden Angeklagten im Sinne der Anklage voll aufrecht. Beide haben den Mord genau vorher besprochen und überlegt und die Tat gemeinsam ausgeführt. Sie haben dabei eine Raubmordtat begangen, mit der nur durchaus verwerfliche Verbrecher zu Werke gehen. Er beantragte gegen beide die Todesstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Nach einstündiger Beratung verurteilte der Schwurgericht, Oberprokurator Vogt-Wobslau, den Spruch der Geschworenen. Er lautete auf schuldig des Mordes und des schweren Raubes bei beiden Angeklagten. Das Gericht verhängte über beide Angeklagte die Todesstrafe und erkannte auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Die Angeklagte Gollet wurde außerdem wegen Urkundenfälschung zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt, die durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden. Die Angeklagten nahmen das Urteil ohne jede Erregung an.

Ein Schweizer gegen den Völkerbund.

v. Bern, 20. Juni. Im Nationalrat brachte gelegentlich einer Aussprache über den Geschäftsbericht des Bundesrats für 1922 der katholisch-konservative Abgeordnete Müller (Zuger) auch die Tätigkeit der schweizerischen Delegation im Völkerbund zur Sprache. Er führte dabei u. a. aus:

Das schweizerische Volk hat in den letzten Jahren ein so großes Interesse an der internationalen Politik gewonnen, daß wir keine Vogel-Stranz-Politik mehr treiben können und dürfen. Ich erinnere an die Zustände im Ruhrgebiet, wo Urteile gesprochen werden, die an vergangene Zeiten der Barbarei erinnern. Urteile, die uns erben machen. Man mutet uns heute zu, zu schweigen. Man war früher bei uns, gerade in den ersten Jahren der Eigenoffenheit, nicht so rüchsig, und man hat nicht geschwiegen, wenn sich Ungerechtigkeiten gezeigt haben. Heute scheint das Rechtsgefühl eingeschlafen zu sein. Der Völkerbund handelt nach dem Wort im Gleichnis vom barmherzigen Samariter: „Er sah ihn und ging vorüber.“ Bis jetzt ist der Völkerbund nicht gegen die Gewalttätigkeiten eines seiner Mitglieder vorgegangen. Man darf nicht einmal davon sprechen. Das hat in unserem Volke bitteren Unmut geweckt. Darum verdirbt es, was von Bern kommt, weil es sich von den Bundesvätern nicht ein zweites Mal anhängen lassen will. Man hat das Volk getäuscht mit den Ausgaben, die viel höher sind, als man gesagt hat. Wie in Norwegen, wird auch in der Schweiz die Initiative für den Austritt aus dem Völkerbund kommen, wenn er weiterhin Probleme, die schreiend nach seinem Eingreifen verlangen, unbeachtet läßt. Die Gegner des Völkerbundes haben diese Entwicklung vorausgesehen, alle ihre Bestrebungen haben sich leider erfüllt. Die Vertreter der Schweiz brauchen im Völkerbund nicht der Hand-Dampf in allen Gassen zu sein. Mit Freuden erkennen wir die Tätigkeit des Bundesrates Motta an, und wir können nicht ausgeben, daß er in unserer Völkerbundsdelegation ersetzt werden soll. Wir wollen im Völkerbund tun, was wir können. Erweist sich dabei die Arbeit als unnütz, so wollen wir lieber austreten.

Nachdem der Sozialdemokrat Grimm in ähnlichem Sinne gesprochen hatte, erklärte Bundesrat Motta u. a.:

Wir müssen bei der Lösung der internationalen Aufgaben mitwirken, niemand zu Lieb und niemand zu Leide. Die Ruhraktion ist für die Schweiz ein Unglück, aber man muß, um gerecht zu sein, diese Aktion nicht allein, sondern im Zusammenhang mit allen Vorfällen der Kriege- und Nachkriegszeit betrachten. Der Völkerbund kann unter den jetzigen Umständen fast nur durch sein moralisches Gewicht wirken. Ein Eingriff in den Ruhrkonflikt wäre sehr delikat, um so mehr, als Deutschland dem Völkerbund nicht angehört.

Hierauf gelangte der Fall Worowski zur Behandlung. Der Nationalrat sprach der Regierung das Vertrauen aus, indem er mit 93 gegen 6 sozialistische und kommunistische Stimmen den Antrag der Kommissionsmehrheit, der im Falle Worowski die Saltung des Bundesrates billigt, annahm.

Schweden gegen den Völkerbundsvertrag.

v. Die schwedische Regierung hat dem Sekretariat des Völkerbundes ihre Antwort auf die Frage nach ihrer Stellungnahme zu den bei der letzten Bunderversammlung erörterten Gegenständen, besonders dem gegenseitigen Garantievertrag, übermittelt. Die Antwort wird bis zur demnächst beginnenden Tagung des schwedischen Reichstages als nur vorläufige bezeichnet. Die Antwort lautet:

Das Garantieverfahren des Völkerbundes beruht auf der Voraussetzung, daß der Völkerbund eine von allen Nationen anerkannte Autorität habe. Der Völkerbund habe sich aber in internationalen Angelegenheiten nicht stark genug erwiesen. Es sei unter Umständen gefährlich, sich eine Verpflichtung zum militärischen Eingreifen aufzuerlegen. Diese Verpflichtung bedeute bei der jetzigen geographischen Lage der europäischen Staaten eine Vermehrung der Gefahren, die nicht im Verhältnis zu dem ständen, was der andere Staat übernehme. Die schwedische Regierung hoffe, daß in späterer Zeit es dahin komme, daß sich sämtliche Staaten als Freunde betrachten. Am genauesten Zustand der Welt wäre es aber unmöglich für die schwedische Regierung, dem Parlament die Übernahme internationaler Verpflichtungen vorzuschlagen, die eventuell zum Kriege führen könnten.

Sollte der Garantievertrag noch Arten von Verpflichtungen enthalten, die über das Völkerbundsstatut hinausgehen, so würde dies neue Bestimmungen aller Art voraussetzen. Gleichzeitig mit der Reparationsfrage würde die Frage der Beschränkung der Rüstungen aufgenommen werden müssen. Eine Verlopfung dieser beiden Angelegenheiten miteinander würde die Einleitung wirksamer internationaler Maßnahmen zur Voraussetzung haben.

Ohne Deutschland geht es nicht.

v. London, 21. Juni. Auf einem im Zusammenhang mit dem bevorstehenden internationalen Luftkongress abgehaltenen Pressegespräch erklärte der Unterstaatssekretär für Luftfahrtsachen, er würde General Stokes wünschen sehr, daß es möglich sein möchte, Deutschland wegen seiner großen technischen Erfahrungen, insbesondere im Bau von Hoppelinen, zur Teilnahme an dem Kongress einzuladen, was für den Kongress von großem Interesse sein würde. Er habe auch gehofft, daß Deutschland sich der internationalen Konferenz für Luftfahrtsachen anschließen werde. Da es aber mit Rücksicht auf solche Schwierigkeiten, wie sie die Besetzung des Ruhrgebietes geschaffen haben, für Deutschland nicht möglich gewesen sei, Mitglied der Konferenz zu werden, so hoffe er, daß Deutschland wenigstens bald imstande sein werde, sich der Konferenz anzuschließen. Sobald er die gegenwärtige Lage geklärt sei, würden, wie er hoffe, alle Nationen imstande sein, freundschaftlich miteinander zusammenzuarbeiten.

Weizenwährung in Ungarn.

(Von unserem Osnepster Mitarbeiter.)

Auch in Ungarn ist man zu einem standfähigen Wertmesser übergegangen und hat den Weizenpreis als Währungsgrundlage angenommen. Der Übergang begann mit der Feststellung eines Weizen-Nachschlags für Boden, später erfolgte der Güterverkauf auf dieser Grundlage. Der Staat hält sich bei der Verteilung der Höhe der Bodensteuer und der Blösesumme für Landgebiete, die im Rahmen der Bodenreform zur Verteilung kommen, an den jeweiligen Weizenpreis. Wirtschaftsgüter und Landbesitzer auf dem Lande bedingen ihren Lohn im Gegenwert von Weizen, in den Dörfern werden die Metzger in Weizen festgesetzt, die Waisenkinder denken daran, Münzelgelber durch die Sicherung in Weizen vor dem Entwerten zu schützen, ja Fabriken mit es, die landwirtschaftliche Maschinen nur gegen Weizenwaluta liefern. Als erstes großes Geldinstitut in Osnepst hat die Ungarisch-Italienische Bank den Gedanken wertbeständiger Einlagen und Anleihen auf Grund des jeweiligen Weizenpreises verwirklicht. Auch andere Osnepster Großbanken planen die neue Währung im Kreditleben einzubürgern.

Der Welfenfonds vor dem Reichsgericht.

D. Weidzig, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der preussische Staat hatte 1887 mit dem erzbischoflichen König Georg von Hannover ein Abkommen geschlossen, wonach ihm der Wert aus dem ihm verloren gegangenen persönlichen Grundbesitz mit 44 Millionen Mark in Raten vergütet werden sollte. Der preussische Staat hatte jedoch Bedenken, diese Summe an König Georg sofort auszuzahlen wegen der weltlichen Limitation. So wurden ihm nur die jeweiligen Raten der erwähnten Wertersatzsumme ausbezahlt. Doch sollte hiervon eine Summe von 800 000 Mk. zurückgehalten werden, aus der die Instandhaltung des Schlosses Herrenhausen bei Hannover, das dem König als Privatbesitz verblieb, bestritten werden sollte. Die Wertersatzsumme der letzten Jahre hat es nun mit sich gebracht, daß die Unterhaltungskosten für Herrenhausen bei weitem nicht mehr ausreichen. Deshalb glaubt der preussische Staat berechtigt zu sein, nunmehr die ganzen Raten des Kapitals, das den Namen „Welfenfonds“ erhalten hat, für die Unterhaltungskosten zurückzubehalten. Hiermit ist aber das Haus Cumberland nicht einverstanden, und der in Gmunden lebende Chef des Hauses Cumberland macht seine Ansprüche im Gerichtswege geltend. Das Landgericht in Berlin hat die Klage des Hauses Cumberland abgewiesen, während das Kammergericht als Berufungsinstanz dem Klagebegehren stattgegeben hat. Das Landgericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß sich aus dem Verträge eine Freiheit des preussischen Staates erabe, die Raten nach seinem Ermessen zu verwenden. Das Kammergericht war indes der Meinung, für die Auffassung des beklagten preussischen Staates, die Gelder gegen den Willen des Klägers zu verwenden, biete der Vertrag keine Handhabe.

Am Dienstag hatte sich nun der 7. Zivilsenat des Reichsgerichts damit zu befassen. Wie festgesetzt wurde, hat am 9. März 1921 der preussische Finanzminister dem Hause Cumberland eröffnet, daß keine Raten mehr ausbezahlt werden können. Das Haus Cumberland hat verlangt, daß der Geschäftsbetrieb in Herrenhausen eingestellt werde. Dieses hat Oberpräsident Roste unter dem Hinweis abgelehnt, daß das Schloss Herrenhausen im öffentlichen Interesse im bisherigen Zustande erhalten bleiben müsse. Der Antrag des Hauses Cumberland geht dahin, den preussischen Staat zu verurteilen, aus dem Welfenfonds jährlich 857 279 Mk. in halbjährlichen Raten zu zahlen, ferner anzuerkennen, daß der preussische Staat nicht berechtigt sei, ohne Zustimmung der Kläger für deren Rechnung Aufwendungen für Herrenhausen zu machen, die einen Betrag von jährlich 300 000 Mk. übersteigen. Nach längerer Verhandlung verkündete der Vorsitzende, Senatspräsident Prebner, den Beschluß des Gerichts, die Urteilsverurteilung am 6. Juli, mittags 12 Uhr, vorzunehmen.

Verschiedene Nachrichten.

\* Deutsche Krieger-Wohlfahrtsgemeinschaft. Im Monat Mai wurden aus der Unterstützungskasse der D. K. W. G. bewilligt: an hilfsbedürftige Kameraden in 198 Fällen 684 200 Mk., an Stodmar-Gaben in 21 Fällen 69 000 Mk., an 55 Witwen 80 500 Mk., insgesamt wurden für Unterstützungszwecke 833 700 Mk. verausgabt. — In den 50 Jahren des Bestehens des Deutschen Kriegerbundes sind 27 1/2 Millionen Mark an Unterstützungen gesendet worden.

§§ Für die Wolkenträger am Bahnhof Friedrichstraße in Berlin sind jetzt die Baupläne von der Baukommission genehmigt worden, so daß in absehbarer Zeit mit den Ausschaltungsarbeiten begonnen werden kann. Der Gesamtbau, der kurz vor Pfingsten noch mit 80 Millionen veranschlagt worden war, stellt sich heute auf ungefähr 100 Millionen Mark. Im Hinblick auf diese enorme Summe, die im Inlande schwer aufzubringen ist, soll auch ausländisches Kapital, wie es heißt, herangezogen werden.

\* Ein vollständiges Bild des augenblicklichen Standes der Luftflotten der Welt bietet das soeben in J. F. Lehmanns Verlag in München erschienene Taschenbuch der Luftflotten, 3. Jahrgang 1923, von Dipl.-Ingenieur Werner v. Langsdorff (Grundkreis in Gansheim 6 Mk., zu vervielfachen mit der Buchhandels-Schliffelzahl). Es stellt in Tabellen, Bildern, Tabellen und Schattenschriften die Luftflotte und Flugzeuge der Luftführenden Staaten dar. Vor allem bringt es die nach 1918 gebauten Luftfahrzeuge, auch die nach dem Kriege hoch entwickelten Verkehrsflugzeuge, motorlosen Flugzeuge und Fallschirme, die in letzter Zeit sozial Aufsehen erregt haben. In den Tabellen werden von den einzelnen Flugzeugen angeführt: Firma, Baujahr, Typ, Deckszahl, Art der Schraube, Bestimmung, Anzahl der Sitze, Motorart, Motorleistung, Spannweite, Länge, Tragfähigkeit, Leertgewicht, Hublast, Flugweite, Anzahl der Schrauben, Geschwindigkeit, Gipfelhöhe. Das Buch ist für die Praxis unentbehrlich, es ist aber auch für jeden bestimmt, der sich beruflich oder aus Liebhaberei mit dem Flugwesen beschäftigt.

v. Haag, 20. Juni. Das Korrespondenzbüro meldet: Da die Frage von Ostarien für Materie von Bedeutung ist, hat das Sekretariat des ständigen internationalen Gerichtshofes die Materie Regierung benachrichtigt, daß diese Frage als erste der gestern eröffneten Session des ständigen internationalen Gerichtshofes behandelt werden würde. Hierauf traf ein lauges Telegramm Tschitscherins ein, welches besagt, die russische Regierung sei nicht in der Lage, an einem Verfahren teilzunehmen, das sie formell und sachlich für unannehmlich halte. Abgesehen davon, daß die Frage der Stellung Ostariens eine innere Angelegenheit der russischen Föderation sei, könne die Materie Regierung den internationalen Gerichtshof nicht als eine unparteiische Körperschaft betrachten. Die Mehrheit der Mächte, die Mitglieder des Völkerbundes seien, hätten bisher die Materie Regierung nicht de jure anerkannt, verschiedene von ihnen hätten es sogar abgelehnt, mit ihr in tatsächliche Beziehungen zu treten. Ferner hätten die erwähnten Staaten in der Frage Beharabiens, Meines und Ostariens Beschlüsse gefaßt, die gegen die elementaren Interessen der Materie Regierung gerichtet seien, ohne daß Rußland auch nur um seine Meinung befragt worden sei.

\* Paris, 20. Juni. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Vor dem Antritt seiner Reise nach Alaska unterzeichnete Präsident Harding gestern gemeinsam mit dem Schatzkanzler Mellon und dem englischen Botschafter in Washington das englisch-amerikanische Abkommen wegen Konsolidierung der englischen Schulden, womit dieses in Kraft tritt.

\* Paris, 20. Juni. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Der neue japanische Marineminister erklärte, daß Japan eine Vermehrung seiner Schiffe einleiten beabsichtige; auch die Seeluftkräfte sollen vermehrt und die Zahl der Marinemannschaften ebenfalls vermehrt werden. Wie diese Aufwindung sich mit den Washingtoner Beschlüssen wegen der Wörtlichkeit zur See verhält, ist nicht recht ersichtlich.

— London, 20. Juni. Reuter meldet aus Simla: Die unter dem Namen Vaba Kales bekannte fanatische Sikh-Sekte ist für eine ungesegnete Vereinigung erklärt worden. 180 von den nunmehr 800 Mitgliedern sind durch Militärpolizei verhaftet worden. Die übrigen sind im Hügellande zerstreut. Die jüngst in Amritsar abgehaltenen religiösen Feiern der Sikh waren von zahlreichen Kales besucht. Die Feiern verliefen ruhig.

v. London, 20. Juni. Reuter meldet aus Washington: Präsident Harding jagte in einer Rede vor einer Versammlung von Mitgliedern des Regierungsbüros, die Regierung der Vereinigten Staaten habe in den vergangenen Monaten nicht nur ihre Mittel nicht überschritten, sondern sogar einen Überschuß von 200 Millionen Dollar erzielt. Diese Leistung sei bemerkenswert, da das Steuerjahr 1922 mit einem Defizit von 828 Millionen Dollar eröffnet wurde. Die revidierten Vorschläge weisen für 1924 ordentliche Einnahmen und Ausgaben (einschließlich 507 Millionen für die Verminderung der öffentlichen Schuld) von insgesamt 888 Millionen Dollar auf.

v. Washington, 20. Juni. Staatssekretär Mellon hat den Beamten des hygienischen Departements eine Anweisung erteilt, nach der den ausländischen Schiffen, die nach den Vereinigten Staaten kommen, die Einfuhr von

genügender Mengen medizinischer Riktre genehmigt werden soll. In Washington wird allgemein angenommen, daß dadurch die Alkoholisation der ausländischen Schiffe künftig als „medizinisch“ gelten würden.

— New York, 20. Juni. Der Verband der Großhändler hat beim Generalpostmeister die Wiedereinführung des Briefpostes von 2 Cent im Verkehr mit Deutschland beantragt.

v.airo, 20. Juni. Der in Kassa zusammengetretene arabische Kongress hat eine Entschließung angenommen, in der den Mosambitanern und den christlichen Mitgliedern der beratenden Körperschaft Dank dafür ausgesprochen wird, daß sie ihren Austritt aus dieser Körperschaft erklärt haben. Es wurde beschlossen, den englisch-arabischen Vertrag in seiner gegenwärtigen Gestalt, soweit er sich auf Palästina bezieht, zu verwerfen. Der Kongress erklärte sich aber damit einverstanden, die weitere Aktion aufzuschieben, bis das Ergebnis der gegenwärtig zwischen dem Vorkongress und dem Emir Abdulla und dem König Hussein geführten Verhandlungen feststeht. Der Kongress hat ferner den Verzicht auf eine nationale Politik und die Einsetzung einer unabhängigen nationalen Regierung gefordert.

v. London, 20. Juni. Die „Times“ melden aus Kairo: Auf dem Flugfelde in Sciopolis bei Kairo ist ein Flugzeug aus 100 Meter Höhe abgestürzt. Die vier Insassen fanden den Tod.

Industrieller Kapitalbedarf.

Im Mai dieses Jahres wurden insgesamt 19 650 Millionen Mark Aktien gegen 2136 Millionen Mark im entsprechenden Monat des Vorjahres beantragt. Nach den Aufzeichnungen des Bankhauses Schwarz, Goldschmidt u. Co. wurden 19 312 Millionen Mark Stammaktien sowie insgesamt 338 Millionen Mark Vorkaufaktien beantragt. Von den Vorkaufaktien waren 123 Millionen Mark mit einfachem Stimmrecht und 215 Millionen Mark mit mehrfachem Stimmrecht ausgestattet. Der Kapitalbedarf seit Beginn des Jahres zeigt im Vergleich zu den entsprechenden Monaten des Vorjahres folgendes Bild:

Table with columns: in Mill. M., Stammaktien, Vorkaufaktien mit mehr. Stimmrecht, Vorkaufaktien mit einf. Stimmrecht, insgesamt. Rows for months Jan to May, and a total row.

Preisrückführungen.

Neue Preisrückführung für Präzisionswerkzeug. Der Deutsche Präzisionswerkzeugverband hat mit Wirkung vom 19. Juni d. J. folgende Multiplikatoren festgesetzt: Schneidwerkzeuge aus W.S. 5800, Gewindefeinstückwerkzeuge, allgemeine Spannerwerkzeuge aus S.S. 8500, kombinierte Werkzeuge 6100, Metallkreislagen und Schlitzeisen aus W.S. bis 1 mm Stärke 6200, über 1 mm 5800, aus S.S. bis 1 mm 6200, über 1 mm 5800. Der Deutsche Spiralschneiderverband hat mit Wirkung vom 19. Juni d. J. folgende Multiplikatoren für Spiralschneider festgesetzt: Hüftschneider zähl. unter 1 mm 2850, über 1—4 mm 2800, über 4—7 1/2 mm 2800, über 7 1/2—10 mm 8600, alles übrige bis einschl. 40 mm 4600, über 40 mm 5000; Schnellschneider zähl. und löschl. von 1—4 mm 2000, über 4—7 1/2 mm 2600, über 7 1/2—15 mm 3800, über 15 mm 5100.

Preisrückführungen im Textilfach. Die Betriebsgesellschaft Deutscher Baumwoll-Wäbwerksfabriken, München, hat, wie die „Textil-Woche“ erfährt, den Aufschlag auf die Preisliste vom 12. 8. 1923 wie folgt verändert: vom 19. 6. ab von 10 800 Proz. auf 18 800 Proz. erhöht.

Erhöhung der Schließzahl in der Wolleweberei. Die Damen- und Herrenweberei des Verbandes der Webereien von Damenkonfektions- und Kostümstoffen und die Damenweberei des Verbandes der Webereien halbwollener und wollener Stoffe (Stoffe) und des Verbandes deutscher Strümpfer- und Wollplüschfabrikanter hat, wie die „Textil-Woche“ erfährt, mit Wirkung vom 18. Juni ab 187. Auf Grund des Verbandes-Preisvorbeschlusses vom 18. August erhöht sich daher für Lieferungen vom 18. Juni ab bei den vom 15. April bis 20. Mai behaltenden Aufträgen in gebrochener Währung der Papiermark (P.-M.) Anteil, bei den betreffenden Verläufen in reiner Papiermarkwährung der befristete Ausarbeitungs-Anteil im Verhältnis von 100 : 187, also um 87, bei Aufträgen vom 21. Mai bis 5. Juni um 41 Proz.

Preisrückführung für Handarbeitsgarn. Die Vereinigung deutscher Webereien von Baumwoll-, Strick- und Handarbeitsgarnen (Strickgarn) hat, wie die „Textil-Woche“ erfährt, den Aufschlag auf die Liste vom 4. Dezember 1922 mit Wirkung vom 18. Juni ab für Strick-, Stoff- und gewalkenes Strickgarn auf 1700 Proz., für Strick- und Handarbeitsgarn auf 1450 Proz. erhöht.

Marktberichte.

Vom amerikanischen Eisenmarkt. Die Produktionssteuern der Güter- und Malzwerke im letzten Monat sind überhöht. Die teilweise bisher noch nicht erreicht worden sind. Der Bestand an noch nicht auszuführenden Aufträgen ist laut „Industrie-Kurier“ außerordentlich hoch: es liegt Arbeit für 3—4 Monate vor. Der Eingang von neuen Aufträgen hingegen hat merklich nachgelassen. Diese Tatsache bewirkt, daß seit mehreren Wochen keine Preisrückführungen vorgenommen worden sind, im Gegenteil darf man sagen, daß die Festigkeit des Marktes auf dem Punkte ankommt, wo sie in Unzulässigkeit unauflösbar beginnt. Weite Käuferkreise halten jedenfalls mit neuen Käufen zurück. Die Werke hoffen aber, daß nach Auslieferung der noch nicht auszuführenden Aufträge ein starker Bedarf von neuem hervorgerufen wird. Sollte dies jedoch — was durchaus im Bereich der Möglichkeit liegt — nicht der Fall sein, so wird man mit einer verstärkten Ausfuhrfähigkeit der Vereinigten Staaten nach übersee zu rechnen haben.

P. Nord- und sibirischer Holzmarkt. Nur noch wenige Holzbestände finden in den Staatsforsten statt. In den Beständen der letzten Tage, die natürlich für die Bewertung des Holzpreises ganz gewaltig, angepaßt der Entwertung der deutschen Mark, geliegen. Verbleibt man diese Holzpreise mit der Bewertung des Gütermarktes am ostdeutschen Markt, so kommt man zu dem Ergebnis, daß es unmöglich ist, für die Preise, zu denen der Holzverkauf einlaufen will, Ware auf den Schneebänken zu erzeugen. Es ist auch zu beobachten, daß der sommerliche, namentlich aber der dänische Markt in den letzten 14 Tagen für die Holzverwertung Deutschlands völlig aufgegeben sind. Trotzdem mehrere namhafte Produzenten sich mit ihren Abnehmern in Deutschland in Verbindung setzen und den Wunsch haben, zu beschaffen zu gelangen, sind Verkäufe im großen und ganzen unmöglich gewesen, weil der Vorbereitung von 4 Wund je Kubikmeter Stammdicke frei deutsch-polnischer Grenze unzureichend Gebote von 1,2 bis 1,3 Millionen Mark, d. h. noch nicht 8 Pfund je Kubikmeter, entgegengesetzt wurden. Es findet derzeit im Bereiche beteiligter Sägewerke, die sich überaus zu Beständen stellen, ein sogenannter Ausverkauf statt, indem diese Bestände über Ware unter den Preisen abgegeben, die erst nach dem Ende der Herbst- und nach den Möglichkeiten des neuen Holzbestandes gegahit werden müßten. Es sind eine ganze Reihe von Abköslüssen zu unserer Kenntnis gelangt. Insbesondere wurde Stammdicke, die sich auf den Mühlen in Dberberg, Landsberg a. M., in der Gegend von Kreuz und in Deutsch-Westpreußen befindet, abgesetzt.

Table with columns: New-York, 20. Juni. Produktentbörse. Baumwolle, Tagesanfuhren 7000. Ausfuhr nach Großbritannien 3000. Ausfuhr nach d. Kontinent. Rows for Baumwolle, Petroleum, Weiz, etc.

v. Chicago, 20. Juni. Weizen stand, per Juli u. Sept. 11, 11 1/2, per Okt. 11, 11 1/2, per Nov. 11, 11 1/2, per Dez. 11, 11 1/2.



Schlesien.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Die eigentlichen Vorlagen der Tagesordnung wurden gestern sehr schnell und debattelos erledigt und ebenso ging es mit zwei Dringlichkeitsanträgen, obgleich auch sie von ziemlicher Tragweite sind. So wurden die neuen Löhne für die Arbeiter bewilligt, die wiederum über 4 1/2 Milliarden Mark ausmachen und die in gewohnter Weise mit zwei Drittel durch Erhöhung der Gasgebühren und mit einem Drittel durch Erhöhung der Elektrizitätsgebühren gedeckt werden sollen. Ebenso ging bei der Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise, so daß nunmehr vom 24. Juni ab die einfache Fahrt 600 Mark kosten wird. Die schwerwiegende Vorlage über die ins Riesenhafte gesteigerte Wohnungsbauabgabe ging an den Finanz- und Bauausschuß und der Antrag auf Übernahme der Mehrheit der Aktien der Messe-Aktiengesellschaft wurde dem Finanzausschuß überwiesen. Genehmigt wurde dagegen die Erhöhung des Zinsfußes der städtischen Sparkasse auf 8 Prozent, die Erhöhung der städtischen Kapitalbeteiligung bei der Siedlungsgesellschaft von 1/2 auf 1/3 Millionen Mark, die Erhöhung der selbstschuldnerischen Bürgschaft bei Verleihung von Kleinwohnungsbauten bis zur Höhe von 400 Millionen Mark und die Erhöhung des Zinsfußes für verchiedene städtische Anleihen im Höchstfalle auf 5 Proz. über den jeweiligen Lombardzinsfuß der Reichsbank.

Warum diese Vorlagen sehr schnell erledigt, so hielt man sich dann desto länger bei dem Haushaltsplan auf. Hier gab es eine Reihe sehr weitläufiger Reden, die alle möglichen Gebiete der allgemeinen Verhältnisse berührten und auf sozialdemokratischer Seite auch stark das politische Gebiet behandelten. Der Haushaltsplan selbst wartet naturgemäß mit Riesenzahlen auf. Die Einnahmen sind mit rund 197 Milliarden aufgeführt, die Ausgaben mit 216 Milliarden und der Fehlbetrag mit rund 18 1/2 Milliarden. Wie hervorgehoben wurde, sind die Etatszahlen zum großen Teil längst überholt, wie überhaupt der ganze Haushaltsplan bei der Unsicherheit aller Verhältnisse, bei der dauernden Geldentwertung, bei der Unmöglichkeit zu wissen, was die Stadt im Laufe des Jahres vom Reich und Staat erhalten wird, ganz in der Luft schwebt.

Der Räumlicher Stadtrat Matthes gab zunächst einen Rückblick auf das vergangene Jahr, wobei der Druck Frankreichs, das Steigen des Dollars, die trostlosen Wirtschaftsverhältnisse, die Gesetzgebung, die so wenig befriedigt und besonders für die Gemeinden keine steuerliche Arbeit geschaffen hat, eine Rolle spielten. Für die Beamtenbesoldung muß das Reich 75 Prozent der Stadt überweisen. Die übrigen Milliarden müssen aus der Bürgerkassette herausgeholt werden, wobei immer wieder die Besteuerung von Gas und Elektrizität herhalten muß. Eine Mäßigkeit könne nur eintreten, wenn man den Gemeinden die steuerliche Beweglichkeit wiedergeben würde. Der Räumlicher Stadtrat behauptete auch die allgemeine Unruhe; ist doch die Zahl der Diebstähle auf 26000 gestiegen. Ein Gradmesser für die gesunkene Moral sei auch die zunehmende Zahl der Fälle der Selbstvergiftung der Steuerhinterzieher bei Grunderwerbgeschäften. Die Geldentwertung und die Steuerung brachten immer in ganz kurzen Fristen Neuregulierungen für Gehälter und Löhne bis zu schwindelhafter Höhe. (Mißfallensbezeugungen im Bühnenraum, der städtischen Arbeiter überfüllt war.) Der höhere Reichsbeamte der Klasse 11 erhalte jetzt das 97fache, der Arbeiter das 2797fache der Friedenslohn. Der höhere Beamte hat bei seinem Einkommen 65,7 Prozent der Kaufkraft eingebüßt, der Arbeiter 1,8 Prozent. Die Erhöhung der Löhne bei der Straßenbahn bringt trotz der Erhöhung der Fahrpreise ein Defizit von 315 Millionen. In gewaltigem Maße hat sich mit der Steigerung der Hilfsbedürftigkeit der Zuschuß für das Wohlfahrtsamt und für die notleidenden Anstalten gesteigert. Die Zahl der Wohnungsuchenden ist im vergangenen Jahre von 7512 auf 33425 gestiegen, was nicht durch Zugang zu erklären sei, sondern durch das Bestreben der jungen Leute nach Gründung eines eigenen Haushalts. Bei den gesteigerten Anforderungen an den Ausgabebetrag habe Gas-, Wasser- und Elektrizitätswert durch Anpaßung der Tarife an die Kohlen-

preise die Stadt über Wasser gehalten. Von der Stadtbank ist ein Überschuß von 70 Millionen zu erwarten, bei der Sparkasse ist reichlich die Hälfte der 400000 Konten bei den hohen Spesen und Löhnen geworden. Die Stadthauptkasse habe, unter Zuhilfenahme von Zwischenscheitern, dem Finanzbedarf genügen können. Nur im September habe an drei Tagen die Gefahr einer Zahlungseinstellung bestanden. Das Bild, das der Räumlicher Stadtrat entwarf, konnte natürlich nur sehr ernst sein und er betonte auch, daß die Stadt von der Substanz gelebt habe, denn man habe nicht für genügend Rücklagen sorgen können, und die Erhaltung der Gebäude und Straßen ließe viel zu wünschen übrig. Die größten Schwierigkeiten würden aber erst kommen, wenn das Ruhrproblem gelöst werde und die Reparationen die größten Opfer erfordern.

Im Anschluß an die mit Weisfall ausgenommene Rede des Räumlichen Stadtrats dankte der Vorsitzende dem Magistrat, den Beamten, Angestellten und Arbeitern für ihre Arbeit im Dienste der Allgemeinheit. Dann ergriff der sozialdemokratische Staatsredner Dars das Wort, um in der Hauptsache parteipolitische Polemik zu treiben, in ganz unangebrachter Weise die Erfüllungspolitik zu preisen, in ablehnender Weise vom Kabinett Cuno zu sprechen und seine politischen Gegner zu beschuldigen, statt das Unglück da zu sehen, wo es wirklich ist, bei dem Feinde jenseits des Rheins. Gehässige Angriffe richtete er auch gegen den Räumlichen Stadtrat, von dem er wünschte, daß er, statt zu sperren, wie er es für seine Pflicht hält, die sozialdemokratischen Ratsschlüsse befolge. Seine Bemerkungen im Vorwort des Etats über die Notwendigkeit der besseren Ausnutzung der Arbeitszeit und über das große Widerstreben, dem die allgemeine Steigerung der Arbeitsleistung noch immer begnugte, nahm er ihm ganz besonders übel.

Als dann Justizrat Dr. Hande (Dem.) das Wort ergriff, wurde man nach den Entgleisungen des Vordröners wieder sachlich in die Etatsangelegenheiten zurückgeführt. Im vorigen Jahre habe er gesagt, entweder sei die Unterbilanz des Vorjahres die Letzte, oder es komme das Chaos. Das Chaos sei nun wirklich da, denn niemand wisse, was die Stadt bekomme; das Reich sei der einzige Steuereinnahmer und die Stadt müsse zu hohen Tarifen greifen. Durch das auf dem Wege befindliche Finanzausgleichsgesetz erhöhe er viel mehr Einnahmen, als im Haushaltsplan zum Ausdruck komme. Wenn der Vordröner über ein geringes städtisches Steueraufkommen klagte, so müsse er doch wissen, daß die Stadt keine Steuern erheben könne, sondern daß sie nur nach den Leistungen, was das Reich ihr gebe. So ist die Stadt gezwungen, 40 Prozent des Bedarfs durch Gebühren zu decken. Auch der Vordröner wisse keinen anderen Rat und wenn er gegen Cuno polemisiere, so möge er doch bedenken, daß dieser jenes Steuererhöhung nicht gemacht habe. Ganz pessimistisch ist Dr. Hande nicht, er erwartet von allen Steuern und Einnahmequellen bedeutend höhere Erträge. Wenn das Reich den Hauptteil der Beamtenbesoldung trage, so werde es auch einmal zur Prüfung der Beamtenschaft kommen. Im den Abbau werde man nicht herumkommen. Auch in den Vertriebswerten seien zu viel Leute. 57 Lehrkräfte habe die Stadt mehr, als nach dem Lehrerbildungsgesetz, vom Staat besoldet werden. Die Beamten seien zu gestellt worden, wie gesetzlich vorgeschrieben und besser. Der Beamtensplan zeige, daß eine starke Aufstiegsmöglichkeit gegeben sei. Für die unbeforderten Stadträte seien 7 Millionen eingestellt; dieser Betrag sei bereits auf das Doppelte gestiegen, doch sollte man darin mit Mäßigkeit auf den Charakter des Ehrenamtes nicht weiter gehen. Bei den Arbeitern müsse er wieder auf die falsche Differenzierung der Löhne zwischen Verarbeiteten und Unverarbeiteten hinweisen. Unter den Einnahmeverwaltungen hat die Stadtbank gut gearbeitet. Bei der Sparkasse vermisse er den Überschuß. Die Einnahmen aus der Kohlen- und Mehlverteilung treten nicht in die Erscheinung. Niemand könne zu wissen, wie es dort aussehe, selbst der Magistrat nicht. Vor der Übernahme der Grabschener Straßenbahn möchte er warnen bei den unglücklichen Erfahrungen, die man bei der eigenen Straßenbahn bereits gemacht hat, denn Zinsen und Tilgung würden allein eine Milliarde ausmachen; außerdem würden die Leute eine höhere Bezahlung verlangen. Man erwarte viel von dem Wasserkräftwerk, es sei aber zu berücksichtigen, daß Vermehrung und Tilgung jährlich 7 Milliarden erfordern. Vorteil könne man also nicht haben, solange die Tilgung andauert. Schließlich gab der Redner einen

freundlicheren Ausblick, indem er darauf hinwies, daß das städtische Vermögen noch 680 Millionen in Goldwerten darstelle, und wenn man Straßen usw. abgäbe, doch noch immer 220 Millionen blieben, so daß die Stadt noch immer kreditwürdig sei. (Beifall.)

Der Zentrumsdirektor Dr. Herzog hielt eine glänzende Rede, in der er alles, was man nur irgend wünschen konnte, behandelte und dabei auch die Sonderverhältnisse des Zentrums auf konfessionellem Gebiete zum Ausdruck brachte. Warme und anerkennende Dankesworte widmete er besonders dem Oberbürgermeister.

Dr. Wujakowski (Dem.) verzichtete bei der bereits sehr weit fortgeschrittenen Zeit auf längere Ausführungen, verwies aber auf die Bemerkungen, die Dr. Hande gemacht hatte, denen er sich im allgemeinen anschließen konnte. In eine Bemerkung Dr. Handes, aus der man schließen konnte, daß er nicht die Absicht habe, noch lange der Stadtverordnetenversammlung anzugehören, knüpfte Dr. Wujakowski das Bedauern, wenn man einen solchen Mann hier in der Versammlung verlieren sollte, dessen Ausschneiden auch die Allgemeinheit nur bedauern könnte. Dem sozialdemokratischen Redner Dars gegenüber verwies er darauf hin, daß er sich alle seine Ausführungen hätte ersparen können, wenn wir die Erbschätze der Steuererhebung nicht bekommen hätten. Wenn wir die alte preussische Steuerpolitik beibehalten hätten, dann würden wir zu anderen Steuern gelangt sein. Aber daß das nicht so sei, sei nicht die Schuld der rechten Seite. Die Sozialdemokraten hätten ja lange genug die Macht in den Händen gehabt und hätten für eine bessere Eintreibung der Steuern sorgen können. Wenn der Räumliche Stadtrat darauf hingewiesen habe, daß vielleicht mancher Markennbrot beziehe, der nach seinem Einkommen dazu nicht berechtigt sei, so wolle er hier betonen, daß sehr viele heute Markennbrot essen, denen es früher gut gegangen ist. Die Löhne müssen erhöht werden, aber es sei dabei auch zu betonen, daß das, was mit der jährlichen Erhöhung des Gaspreises erreicht wird, ein mindestens ebenso großes Unglück wie unzureichende Löhne ist. Sparsamkeit sei notwendig, und je eher man das tue, desto besser. Man dürfe sich nicht verhehlen, daß wir immer tiefer in das Elend hineingekommen sind. Wir sind ganz auf uns selbst gestellt und besser werde es erst werden, wenn die Bedrückung des Feindes aufhöre. (Beifall.)

Zum Schluß ergriff Oberbürgermeister Dr. Wagner noch das Wort, um den Räumlichen Stadtrat gegen die unbedingten und unfairen Angriffe der Sozialdemokraten in Schutz zu nehmen. Dann wandte er sich an die Arbeiterkassette und sprach sein Bedauern aus, daß sie einem Magistrat gegenüber, der immer ein warmes Herz und größtes Verständnis für die Not der Arbeiter gezeigt habe, mit Streikdrohungen gekommen sei. Jede Erhöhung bereite aber auf der anderen Seite große Schwierigkeiten. Wie schwer es für andere sei, den erhöhten Gaspreis zu zahlen, zeige der Rückgang des Verbrauches um 5 Millionen Kubikmeter. Der Arbeiter möge auch an diese Menschen denken und nicht nur an sich selbst. Der Arbeiter solle sich sagen, daß er nicht irgend einen Kapitalisten diene, sondern für die Allgemeinheit arbeite. Das möge bei den bevorstehenden Verhandlungen berücksichtigt werden, bei denen er hoffe, daß wie auch sonst immer der Ausgleich gefunden werde. Schließlich dankte der Oberbürgermeister der Stadtverordnetenversammlung und stellte ihr das Zeugnis aus, daß sie eine gute und sachliche Zusammenarbeit ermöglicht habe.

Nach Ablehnung zweier Dringlichkeitsanträge folgte um 9 1/4 Uhr der öffentlichen eine geheime Sitzung.

Oberschlesischer Fernsprecher und Polenmarkt.

© Gleiwitz, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht). Der Fernsprecherverkehr mit Ostoberschlesien ist auch heute den ganzen Tag unterbrochen geblieben. Die Unter in Ostoberschlesien antworteten zwar auf telephonische Anrufe, stellten aber keine Verbindungen her. Als Grund für die Verkehrshemmnisse wurden „betriebsstechnische Schwierigkeiten“ angegeben. Auf den Fernsprecherverkehr innerhalb Ost-Oberschlesiens erstreckt sich die Sperre nicht. Dagegen erfahren wir aus Katowitz, daß auch der Fernsprecherverkehr zwischen Ost-Oberschlesien und den übrigen Gebieten Polens unterbrochen war. Dieser Umstand deutet darauf hin, daß die Telefonsperre mit den Maßnahmen der

Aus dem Wiener Kunstleben.

Von Max von Millenkovich, Marold.

Das Wiener „Kunstleben“, wie es in den Ausstellungsberichten genannt wird, ist heute nicht besonders reich und ergiebig. An Künstlervereinigungen, an Ausstellungen und Versteigerungen fehlt es allerdings nicht, ja sie haben sich in den letzten Jahren sogar auffallend vermehrt, da der Kunstmarkt durch das Bestreben der neuen Reichen, einen Teil ihres unerhörten Geldgewinnes in bleibende Werte umzuwandeln, für die mannigfaltigsten Gattungen und Richtungen lodend und lohnend geworden ist. Doch dies trifft nur die Erwerbseite der Kunst und hat mit ihrem wahren Wesen so wenig oder so viel zu tun wie die Betriebsamkeit eines Kaufmannes mit dem Nährwerte der von ihm feilgehaltenen Lebensmittel. Gewiß muß ein Kaufmann Warenkunde besitzen und der Erzeuger sollte immer nur bestrebt sein, Treffliches zu bieten. Wenn aber die große Menge der Käufer und Besteller, aus Unkenntnis und Verblendung oder aus wirtschaftlichen Gründen, den Ertrag der echten Ware, das Effektvolle dem Gehaltvollen, die Mode dem Stil, den Schmuck der Kunst vorzieht, dann ist es unvermeidlich, daß auch die Verkäufer ihr Verantwortungsgefühl einbüßen und nur „geschäftlich“ arbeiten. So hat denn der künstlerische Geschäftsbetrieb in aller Welt Auswüchse und Entartungen gezeitigt. Die schlimmsten neomodischen Torheiten und Frechheiten sind von den Kunstschaffenden begünstigt oder förmlich gesücht worden, wertvolle schaffende Kräfte haben sich auf böse Wege verlocken lassen oder sind ihrer einmal ausgeprägten Eigenart, jede weitere Entwicklung verschmähend, flüchtig treu geblieben, weil sie sie eben nährte und nichts anderes von ihnen verlangt wurde. Für all das lassen sich auch in Wien namhafte Beispiele anführen. Nur daß es hier immerhin besser bestellt sein dürfte als an vielen Orten, weil hier Überlieferung und Begabung doch immer wieder dem wahrhaft Künstlerischen zum Durchbruch verhelfen und namentlich der Kunsthandel im allgemeinen ernster, gewissenhafter, vorsichtiger und feinsüßiger zu Werke geht, als an manchen berühmten Kunststätten, wo die Liebe zur Kunst und das Kunstverständnis längst von der Sucht nach Sensation und der Lust am Geschäft erdrückt und erstickt worden sind.

Das Wiener „Kunstleben“, das Treiben der Lebendigen, ist heute nicht ergiebig genug, um in so schweren und bewegten Zeiten die Teilnahme fernstehender dafür in Anspruch zu nehmen. Um so mehr sollte aber der Ruhm jener lebenden Männer verbreitet werden, die in den Museen und öffentlichen Sammlungen das unvermeidlich reiche und mannigfaltige Kunstgut, das unser kleines armeseliges Neu-Österreich als kostbares Erbe von der alten Markgräfin übernommen hat, so zur Schau stellen, und der Benutzung zugänglich machen, daß in der Tat ein neuer Glanz, eine

ungeahnte Anziehungskraft von hier auszugehen vermag. Die räumliche Enge von früher besteht nicht mehr. Säle, Schlösser, die vordem ausschließlich höfischen Zwecken als Festräume und Wohnungen zu dienen hatten, können jetzt ebenso ausschließlich der Kunst dienstbar gemacht werden. So war es möglich, im oberen Weldeberechloß in zwei Ausstellungen, die nirgends ihres Gleichen hatten, das Wertvollste aus dem bis dahin für die Bevölkerung, ja für den Kunstkenner eigentlich bloß fagenhaften Bestande der österreichischen Gobelins zu einem selbstbewundernden künstlerischen Bestreben der ganzen Welt zu machen, durch das sogar der politische Kredit des neuen Staates gehoben wurde. In demselben oberen Weldeberechloß wird nun unermüdet an der Einrichtung einer Galerie gearbeitet, die alles umfassen soll, was der Staat von österreichischen und ausländischen Kunstwerken des 19. Jahrhunderts besitzt und was bisher im kunsthistorischen Hofmuseum, in der Gemäldegalerie der Akademie der bildenden Künste und in der sogenannten modernen Galerie wie auch in zahlreichen Unterräumen teils verwirrend angehäuft, teils überhaupt nicht zu sehen, sondern nur aufbewahrt war. Dadurch ist schon ebe diese neue Galerie in aller Form bestrebt, eine durchgreifende Neuordnung in den wesentlich entlasteten Galerien des Hofmuseums und der Akademie, die nur mehr ältere Kunst bergen, möglich geworden und das untere Weldeberechloß, wo sich früher die moderne Galerie befand, wurde gänzlich frei für ein völlig neues, einzigartiges Unternehmen, das Wiener Maroldmuseum, um dessen Zustandekommen sich Dr. Hans Lieke vom Unterrichtsamt, der Leiter der modernen Galerie Dr. Joseph Haberberger und ihm zur Seite Dr. Bruno Grimschitz, ganz besonders aber der zweitgenannte, verdient gemacht haben.

Ein Ausstellungsstück ersten Ranges ist schon der Museumsraum selbst, das Sommerpalais des Prinzen Eugen von Savoyen, erbaut von Johann Lukas von Hildebrandt, dessen berühmteste Schöpfung das obere Schloß ist. Außerlich von vornehmster Anprunghaftigkeit offenbart das untere in seinem Innern eine echt barocke Pracht und Schmudfrenchtigkeit, so namentlich in dem durch zwei Stodwerke gehenden großen Marmorfaal mit Fresken von Altomonte und plastischer Verherrlichung der Siege Eugens. Den Besuchern der Ambrosjer Sammlung, bevor diese ins neuerbaute Hofmuseum übertragen wurde, ist der Saal wohl noch von damals her in Erinnerung, doch war der architektonische Eindruck zu jener Zeit insolge der vielen darin ausgehängten Rüstungen und Waffen kaum reiner und unmittelbarer. Zur Zeit der Unterbringung des Oberen Weldeberechloß in demselben Gebäude war die Architektur des Saales durch Klinger's Christus im Olymp überhaupst auf jede selbständige Wirkung gebracht und nicht höchstens — auch das mag zweifelhaft sein — zur Verstärkung des Eindruckes, der vom Klinger'schen Werke ausging. Nunmehr jedoch überwältigt einen die Majestät dieses ehemaligen Empfangsraumes, die zugleich die denkbar wirksamste Umrahmung

für die Meisterfiguren von Rafael Donner bildet, deren Wiedergabe in Bronze den Brinnen auf dem Neuen Markt ziert, eine der namhaftesten Wiener Schenkwürdigkeiten, die dennach jetzt zweimal vorhanden ist. Wer das Genie Donners in seinem vollen Umfang kennen lernen will, der braucht nur in den anschließenden gelben Saal zu treten, das ehemalige Schloßzimmer des Prinzen, gleichfalls mit Deckengemälden von Altomonte, wo eine Apotheose Karls VI. in lichter Marmor, zwei Marmorreliefs „Sagar in der Wüste“ und „Jesus und die Samaritaner“, zwei Bronzereliefs „Das Parisurteil“ und mehrere Wästen und Figuren in Blei und Bronze, Wachs und Marmor die staunenswerte Vielfältigkeit, die verblüffende Virtuosität und den himelstrebenden Schwung des edlen Meisters in symphonischer Herrlichkeit zur Erscheinung bringen. Das Wesen seiner Meisterschaft ist urdeutsch: Reiche Phantasie, die sich aber nur an der liebevollsten Naturbeobachtung entzündet, — eine poetische Durchdringung des Kleinsten, die aber die Größe des Stiles nicht hemmt, sondern fördert — ein lyrisches Schwelgen, ein Musikrausch, womit dennoch alle Gesetzmäßigkeit der Plastik harmonisch verbunden bleibt. (Wie in einer Symphonie von Bruckner) urdeutsch, urösterreichisch — ein Gipfel der Barockkunst. Auch der Rote Saal, der Grüne Saal, der Groteske-Saal, die Marmorogalerie, der in Gold prangende Spiegelssaal usw., deren wundervolle Architektur teils noch ursprünglich erhalten ist, teils behutsam ergänzt wurde, beherbergen eine Fülle ähnlicher und Art verwandter Kunstwerke: Altargemälde von Paul Troger, Joseph Jannas Wildorfer, Anton Franz Maulpertsch, Johann Martin Schmidt (dem Kremsierschmidt) kleinere Skulpturen und Zeichnungen von Maulpertsch und vielen anderen, Wästen und Medaillen von Franz Xaver Messerschmidt und verschiedenen Meistern, Bildnisse, Landchaften, Tier- und Blumenstücke, Holzfiguren aus österreichischen Kirchen und erlesene Brunnstücke aus den kaiserlichen Schlössern; man wandelt nicht durch eine Schaustellung mit lehrhaften Ansprüchen, sondern durch Gemäcker des 18. Jahrhunderts und genießt mit den Bewohnern von einst den salzigen Reiz und köstlichen Duft jener Kunstblüte, die nicht Verfall war, wie die Pächter des Geschmacks und der Kunstfertigkeit im 19. Jahrhundert lehrten, sondern ein neuer Aufstieg, eine Milde Fortsetzung der Gotik. „Die Mutter des Apostels Judas Thaddäus“ von Maulpertsch, „Das letzte Abendmahl“ des Kremsierschmidt sind ebenso voll von überströmender Empfindung, von dramatischem Leben, von jählager, schonungsloser Charakteristik, von Gewalt des Ausdrucks, ja Gewalttätigkeit der Formgebung wie nur irgend ein unterganges gottliches Meisterwerk; gleichzeitig aber spürt man in all diesen Denkmälern der Barock das Vorbild der Antike und die Beschäftigung mit italienischer Kunst; eine Wolke von Schönheit und Anmut schwebt über dem Ganzen; das finnenfrohe, lebensbejahende, heitere und gärtliche Gemüt des Österreicher verflärt den Schmerz und mildert die Erbarmenheit des Wiener Barockmuseums, entfüllt die Seelenkraft Deutschösterreichs.





